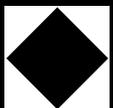


Karina Kopowski

# Grenzen der gegenseitigen Anerkennung bei der Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls



**Nomos**

Schriften zum Internationalen und  
Europäischen Strafrecht

Herausgegeben von

Professor Dr. Martin Heger, Humboldt-Universität zu Berlin

Professor Dr. Florian Jeßberger, Humboldt-Universität zu Berlin

Professor Dr. Frank Neubacher, M.A., Universität zu Köln

Professor Dr. Helmut Satzger, LMU München

Professor Dr. Gerhard Werle, Humboldt-Universität zu Berlin

Band 59

Karina Kopowski

# Grenzen der gegenseitigen Anerkennung bei der Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls



**Nomos**



Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Berlin, HU, Diss., 2020

u.d.T.: „Die Ablehnung der Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls“

ISBN 978-3-8487-7162-2 (Print)

ISBN 978-3-7489-1210-1 (ePDF)

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2020 von der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin als Dissertation angenommen.

Mein herzlicher Dank gilt meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. *Martin Heger* für seine Unterstützung, seine stets zugewandte Art sowie Bereitschaft, mir jederzeit mit Rat zur Seite zu stehen. Ebenso danke ich Herrn Prof. Dr. *Florian Jeßberger* für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens sowie den Herausgebern für die Aufnahme meiner Arbeit in die Schriftenreihe. Bedanken möchte ich mich auch bei Herrn Prof. Dr. *Gerhard Seber* für die wertvollen Erfahrungen, die ich während der Mitarbeit am Lehrstuhl sammeln konnte.

Dem Land Berlin danke ich für die Förderung meines Promotionsvorhabens im Rahmen des Elsa-Neumann-Stipendiums.

Meinem Ehemann *Friedemann Kopowski*, der die Entstehung der Arbeit intensiv begleitet hat, danke ich für seine bedingungslose Unterstützung; meinen Eltern *Anna Kopowski* und *Zbigniew Kopowski* für ihre immerwährende positive Bestärkung während meiner gesamten juristischen Ausbildung. Besonderer Dank gilt meinen Schwiegereltern *Ursula Fischer* und Prof. Dr. *Erik Fischer* für ihre gewissenhafte und hilfreiche Durchsicht der Arbeit.

Berlin, im August 2021

*Karina Kopowski*



## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Einleitung: Gegenstand und Gang der Untersuchung	21
Kapitel 1: Die geschichtliche Entwicklung der Auslieferung im Abriss zur Kontextualisierung des heutigen Rahmenbeschlusses	24
§ 1 Allgemeines	24
§ 2 Institutionalisierung der Rechtshilfe	25
I. Anfänge der völkerrechtlichen Zusammenarbeit in Europa	25
II. Struktureller Aufbau des Rechtshilferechts	27
1. Beiderseitige Strafbarkeit als auslieferungsrechtlicher Grundsatz	28
2. Die Ablehnungsgründe im traditionellen Auslieferungsrecht	29
a) Ablehnung wegen Art der Tat	29
aa) Politische Tat	29
bb) Militärische Tat	34
cc) Fiskalische Tat	34
b) Ablehnungsgründe mit Bezugspunkt im Ausstellungsstaat	36
aa) Ablehnung wegen Verfahrensmängeln im Ausstellungsstaat	36
bb) Ablehnung wegen Konsequenzen der Auslieferung	36
cc) Ablehnung wegen Verfolgung aufgrund unzulässiger Motive	36
c) Ablehnungsgründe mit Bezugspunkt zum Vollstreckungsstaat	37
aa) Ablehnung wegen <i>ne bis in idem</i> und seiner Vorstufen	37
bb) Ablehnung wegen Strafverfolgung im ersuchten Staat	38
cc) Amnestie	38

*Inhaltsverzeichnis*

dd) Verjährung	39
ee) Ablehnung wegen persönlicher Merkmale	39
ff) Ablehnung wegen Territorialitätsvorbehalts	41
gg) Ablehnung wegen <i>Ordre-public</i> -Vorbehalts	41
d) Analyse	41
Kapitel 2: Die Grundlagen des Rahmenbeschlusses im Kontext des Unionsrechts und nationalen Verfassungsrechts	45
§ 1 Entwicklung einer unionsrechtlichen Zusammenarbeit	45
§ 2 Einbettung des Rahmenbeschlusses in das Unionsrecht	47
§ 3 Gegenseitige Anerkennung als übergaberechtlicher Grundsatz	48
I. Allgemeines	48
II. Umsetzung im Rahmenbeschluss	51
§ 4 Verortung der Ablehnungsgründe im neuen Auslieferungssystem	52
I. Struktur der Ablehnungsgründe im Katalog des Rahmenbeschlusses	52
II. Differenzierung der Ablehnungsgründe nach ihrem Bezugspunkt	53
1. Ablehnungsgründe mit Bezugspunkt im Vollstreckungsstaat oder Drittstaat	53
2. Ablehnungsgründe mit Bezugspunkt im Ausstellungsstaat	56
Kapitel 3: Auswirkungen der mitgliedstaatlichen Grundrechtsbindung auf den Auslieferungsverkehr	58
§ 1 Auswirkung der unionalen Grundrechtsbindung	58
I. <i>Ordre-public</i> -Ablehnungsgrund im Rahmenbeschluss?	58
1. Auslegung des Rahmenbeschlusses	58
2. Rückblick: Die Rechtsprechung des EuGH im Fall <i>Radu</i>	61
3. Die aktuelle Rechtsprechung des EuGH	64
a) Die Entscheidung <i>Aranyosi</i> und <i>Căldăraru</i>	64
b) Die Entscheidung <i>LM</i> (Justizreform in Polen)	65
c) Fazit	66
II. <i>Ordre-public</i> -Ablehnungsgrund durch primärrechtskonforme Auslegung	69

§ 2 Auswirkung der nationalen Grundrechtsbindung	71
I. Der nationale <i>Ordre-public</i> -Vorbehalt: Eine Frage der Perspektive?	72
1. Das Verhältnis nationaler und unionaler Grundrechte	72
2. Die europäische Perspektive: Absoluter Anwendungsvorrang	72
a) Parallele Anwendbarkeit der Grundrechtsebenen und Vorrang des Unionsrechts	72
b) Verhältnis von Art. 53 GRC zum Vorrang des Unionsrechts	73
3. Die nationale Perspektive: Relativer Anwendungsvorrang	75
a) Trennung der Grundrechtsebenen	75
b) Ausnahmen vom absoluten Anwendungsvorrang	75
aa) Rückblick: Beschluss in der Sache „Europäischer Haftbefehl II“	76
bb) Analyse	77
cc) Kehrtwende: Beschluss in der Sache „Europäischer Haftbefehl III“	80
dd) Analyse	81
Kapitel 4: Materielle und prozessuale Vorfragen zum Gewährleistungsinhalt der Ablehnungsgründe	83
§ 1 Umsetzungspflicht und Umsetzungsspielraum der Ablehnungsgründe	83
I. Kontext zur Ermittlung des Umsetzungsspielraumes	83
II. Ermittlung des Umsetzungsspielraumes	84
1. Ermittlung auf tatbestandlicher Ebene	84
2. Ermittlung auf Rechtsfolgende	84
§ 2 Ermessensausübung	86
§ 3 Prozessgrundsätze im Übergabeverfahren	87
I. Die Sachverhaltsermittlung	87
1. Amtsermittlungs- oder Beibringungsgrundsatz?	87
2. Differenzierung nach Art des Ablehnungsgrundes	90
a) Ablehnungsgründe mit Bezugspunkt im Ausstellungsstaat	90
aa) Grundsatz: Trennung der Prüfungssphären	90
bb) Ablehnungsgründe in Art. 3 bis 5 RbEuHb	91
(1) Sachverhaltsmitteilung und rechtliche Bewertung durch den Ausstellungsstaat	91

Inhaltsverzeichnis

(2) Umfang der doppelten justiziellen Kontrolle durch den Vollstreckungsstaat	92
cc) Ablehnungsgründe jenseits von Art. 3 bis 5 RbEuHb	93
(1) Auslöser für die Sachverhaltsermittlung	93
(a) Der vollstreckenden Behörde zugängliche Informationen	94
(b) Darlegung durch die betroffene Person	94
(c) Notwendigkeit der gesonderten Darlegung?	95
(2) Umfang der Sachverhaltsermittlung	97
(3) Mitwirkungspflichten der Beteiligten	98
(a) Allgemeines	98
(b) Probleme in der Praxis	99
(c) Zuständigkeit und Fristen	101
(4) Weitere Informationsquellen	101
(5) Folgen einer unterbliebenen oder lückenhaften Mitwirkung	103
b) Ablehnungsgründe mit Bezugspunkt im Vollstreckungsstaat	104
c) Ablehnungsgründe mit Bezugspunkt zu Drittstaaten	105
II. Auslegung von Tatbestandsmerkmalen	105
1. Zuweisung der Auslegung an die Mitgliedstaaten	105
2. Auslegung von Unionsrecht	106
a) Vorlagepflicht nationaler Gerichte	106
b) Grenzen der Vorlagepflicht: <i>acte claire</i> und <i>acte éclairé</i>	106
III. Geltendmachung der Ablehnungsgründe	107
Kapitel 5: Der materielle Gewährleistungsinhalt grundrechtsschützender Ablehnungsgründe mit Bezugspunkt im Ausstellungsstaat	108
§ 1 Ablehnungsgründe in Art. 3 bis 5 RbEuHb	108
I. Ablehnung wegen Verurteilung im Wege eines Abwesenheitsurteils	108
1. Ablehnungsgrund als Ausfluss der Rechte aus EMRK und GRC	109
a) Voraussetzungen für die Wahrnehmung des Rechts auf Anwesenheit	111
aa) Wahrnehmung des Rechts auf Anwesenheit im Ausgangsverfahren	111

bb) Wahrnehmung des Rechts auf Anwesenheit in erneutem Verfahren	111
b) Voraussetzungen für den Verzicht auf das Recht zur Anwesenheit	113
2. Alte Regelung: Art. 5 Abs. 1 RbEuHb a.F.	114
a) Tatbestandsmerkmale	114
b) Rechtsfolge	115
3. Bestrebung der Neuregelung: Grundrechtskonformität des Ablehnungsgrundes	115
4. Inhalt der Neuregelung	116
a) Positives Tatbestandsmerkmal: Verhandlung, die zu der Entscheidung geführt hat	117
b) Positives Tatbestandsmerkmal: Fehlende körperliche Anwesenheit	118
c) Negatives Tatbestandsmerkmal	118
aa) Art. 4a Abs. 1 lit. a RbEuHb	120
(1) Zweifelsfreier Nachweis der Inkenntnissetzung	120
(2) Inkenntnissetzung durch persönliche Vorladung	122
(3) Tatsächliche und offizielle Inkenntnissetzung auf andere Weise	122
(4) Qualität der Inkenntnissetzung	123
(5) Rechtzeitigkeit	124
bb) Art. 4a Abs. 1 lit. b RbEuHb	125
(1) Vertretung durch einen Rechtsbeistand	125
(2) Mandatserteilung an den Rechtsbeistand durch die gesuchte Person	126
(3) Mandatierung in Kenntnis der anberaumten Verhandlung	126
(4) Tatsächliche Verteidigung durch Rechtsbeistand	127
cc) Art. 4a Abs. 1 lit. c RbEuHb	127
(1) Zustellung der Entscheidung	127
(2) Qualität des Verfahrens	128
(4) Ausdrücklicher oder konkludenter Verzicht	129
dd) Art. 4a Abs. 1 lit. d RbEuHb	130
(1) Keine persönliche Zustellung der Entscheidung	130

*Inhaltsverzeichnis*

(2) Unverzügliche Zustellung des Urteils nach Übergabe	130
(3) Zukünftige Inkennnissetzung über Rechtsbehelf und Frist	131
d) Sachverhaltsermittlung und rechtliche Beurteilung	132
e) Rechtsfolge: Ausgestaltung als fakultativer Ablehnungsgrund	133
5. Umsetzungsspielraum	133
6. Rezeption der Neuregelung	134
7. Analyse	135
II. Ablehnung wegen Konsequenzen der Übergabe: Lebenslange Freiheitsstrafe	135
§ 2 Ablehnungsgründe jenseits von Art. 3 bis 5 RbEuHb – <i>Ordre-public</i> -Vorbehalt	137
I. Schutzbereich bedrohter Unionsgrundrechte	138
II. Eingriff	143
1. Systematisierung der Grundrechtseingriffe	143
a) Eingriffscharakter – Systemische Natur oder Zufall?	143
b) Eingriffszeitpunkt	145
aa) Grundrechtseingriff vor Übergabe	145
bb) Grundrechtseingriff durch einen Europäischen Haftbefehl	146
cc) Gefahr eines Grundrechtseingriffs nach Übergabe	147
(1) Der zweistufige Gefahrenbegriff in der Rechtsprechung des EuGH	147
(a) Abstrakte Gefahr	147
(b) Individuelle Betroffenheit	150
(α) Inhalt der individuellen Betroffenheit	150
(β) Risiken und Ungewissheit im Rahmen der Prognoseentscheidung	155
(2) Kritik an der Figur des zweistufigen Gefahrenbegriffs	157
c) Intensität des Grundrechtseingriffs	159
2. Eingriffsqualität der Übergabe durch den Vollstreckungsstaat	160
a) Verhältnis der Eingriffe von Ausstellungs- und Vollstreckungsstaat	160

b) Vorrang des nachträglichen nationalen Rechtsschutzes im Ausstellungsstaat?	160
aa) Folgen der Gewährung von nachträglichem Rechtsschutz	162
bb) Abhilfe bei bereits erfolgten Eingriffen	162
(1) Rechtsschutz noch möglich?	162
(2) Formen des Rechtsschutzes	163
(3) Prognoserisiko	164
cc) Abhilfe bei drohenden Eingriffen – Vorhandensein effektiven nachträglichen Rechtsschutzes	165
b) Gestalt und Inhalt der Abhilfe: Zusicherung oder ergänzende Informationen?	166
III. Rechtfertigung eines Grundrechtseingriffs	169
1. Allgemeines	169
2. Milderer Mittel: Aufschub der Vollstreckung	170
3. Kriterien zur Verhältnismäßigkeitsprüfung	172
a) Grundrechtseingriff und Übergabe zum Strafverfahren	172
b) Grundrechtseingriff und Übergabe zur Strafvollstreckung	173
aa) Grundrechtseingriff im Bereich des Strafverfahrens	173
bb) Drohender Grundrechtseingriff im Bereich der Strafvollstreckung	174
IV. Analyse	175
Kapitel 6: Materieller Gewährleistungsinhalt von Ablehnungsgründen mit Bezugspunkt im Vollstreckungsstaat – Diskussion der Ablehnungsgründe im Einzelnen	178
§ 1 Ablehnung wegen <i>ne bis in idem</i> und seiner Vorstufen	178
I. Ablehnung wegen <i>ne bis in idem</i>	182
1. Ablehnungsgrund als Ausfluss des Rechts aus Art. 50 GRC	182
a) Allgemeines – Verhältnis von Art. 50 GRC und Art. 54 SDÜ	182

*Inhaltsverzeichnis*

b) Eignung des Art. 54 SDÜ als Schranke des Art. 50 GRC	183
aa) Wahrung des Wesensgehaltes von Art. 50 GRC durch die Schranke	184
bb) Notwendigkeit der Beschränkung von Art. 50 GRC	184
2. Ablehnung wegen rechtskräftiger Aburteilung aus Mitgliedstaaten	188
a) Tatbestandsmerkmal: Rechtskräftige Aburteilung	188
aa) Allgemeines	188
(1) Wortlaut: Rechtskräftige Aburteilung in Urteilsform	188
(2) Einbeziehung anderer justizieller und behördlicher Entscheidungen in den Schutz des <i>ne bis in idem</i>	189
bb) Voraussetzungen für die Einbeziehung	190
(1) Zur Mitwirkung einer an der Strafrechtspflege berufene Behörde	190
(2) Strafklageverbrauch auf nationaler Ebene	191
(3) Prüfung in der Sache	193
(4) Verhältnis der Merkmale Sachprüfung und nationaler Strafklageverbrauch	196
(5) Sanktionselement bei behördlichen Entscheidungen?	196
cc) Auswirkungen der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes	198
(1) Auswirkungen auf die Systematik der Ablehnungsgründe wegen <i>ne bis in idem</i> und dessen Vorstufen	198
(2) Auswirkungen auf die nationale Ebene: Das deutsche Strafverfahrensrecht	198
b) Tatbestandsmerkmal: Dieselbe Tat	200
c) Tatbestandsmerkmal: Vollstreckungsbedingung	202
aa) Das Vollstreckungselement einer bereits erfolgten Vollstreckung	202
bb) Das Vollstreckungselement einer gerade andauernden Vollstreckung	202
(1) Freiheitsstrafe	202
(2) Bewährung	203

cc) Das Vollstreckungselement einer nicht mehr möglichen Vollstreckung	204
d) Prüfungsdichte	204
aa) Prüfungsdichte nach den der Vollstreckungsbehörde vorliegenden Informationen	204
bb) Erweiterung der Prüfungsdichte durch das Strafregisterinformationssystem	205
e) Rechtliche Bewertung und Prüfungskompetenz	206
f) Analyse	207
3. Ablehnung wegen rechtskräftiger Aburteilung aus Drittstaaten	207
II. Ablehnung wegen rechtskräftiger Entscheidungen	208
III. Ablehnung wegen Einstellung oder fehlender Einleitung des Verfahrens	209
§ 2 Ablehnung wegen Strafverfolgung im Vollstreckungsstaat	210
§ 3 Ablehnung wegen persönlicher Merkmale	211
I. Tatbestandsmerkmale	213
1. Konstellation der Ablehnung einer Übergabe zur Strafvollstreckung	213
a) Rechtliches Merkmal: Staatsangehörigkeit	214
b) Tatsächliche Merkmale: Wohnsitz oder Aufenthaltsort im Vollstreckungsstaat	214
2. Konstellation: Ablehnung der Übergabe zur Strafverfolgung	216
a) Beschränkung der Zugehörigkeitsmerkmale	216
b) Verpflichtung des Vollstreckungsstaates zur Vollstreckung	216
c) Vollstreckung nach innerstaatlichem Recht	217
II. Rechtsfolge	218
1. Tatsächliche Bindung bei Staatsangehörigkeit	218
2. Zustimmung der Person	219
3. Folgen nach Verbüßung	219
III. Umsetzungsspielraum	220
1. Allgemeines	220
2. Konkretisierung der unbestimmten Rechtsbegriffe	221
3. Ungleichbehandlung der Zugehörigkeitsmerkmale	222
a) Die nationale Perspektive: Das erste deutsche Umsetzungsgesetz	222

*Inhaltsverzeichnis*

b) Kritik der Entscheidung	224
c) Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes	225
d) Stellungnahme	226
IV. Verhältnis zu anderen Ablehnungsgründen	226
§ 4 Ablehnung wegen Territorialitätsvorbehalts	227
I. Begehungsort im Vollstreckungsstaat	227
II. Differierendes Strafanwendungsrecht	228
§ 5 Ablehnung wegen Verfahrenshindernissen	229
I. Amnestie	229
II. Strafunmündigkeit	230
III. Verjährung	231
§ 6 Ablehnung wegen fehlender Strafbarkeit im Vollstreckungsstaat	233
Ergebnisse und Schlussbetrachtung	236
Literaturverzeichnis	243

## Abkürzungsverzeichnis

2.ZP-EuAuslÜbk	Zweites Zusatzprotokoll zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen von 1957
a. A.	anderer Ansicht
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	Alte Fassung
Art.	Artikel
AStV	Ausschuss der Ständigen Vertreter
AuslÜbkEu	Europäisches Auslieferungsübereinkommen von 1996
Bei	Beiheft
Beschl.	Beschluss
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CATS	Koordinierungsausschuss für den Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen
CML Rev.	Common Market Law Review
Colum. J. Eur. L.	Columbia Journal of European Law
COPEN	Gruppe „Zusammenarbeit in Strafsachen“
Cpp	Codice di procedura penale
DAV	Deutscher Anwaltsverein
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
d.h.	das heißt
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
ECLI:EU:C:	European Case Law Identifier

*Abkürzungsverzeichnis*

ECL. Rev	European Constitutional Law Review
ECRIS	European Criminal Records Information System = Europäisches Strafregisterinformationssystem
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
ELJ	European Law Journal
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention/ Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
endg.	endgültig
ERA	Europäische Rechtsakademie
EU	Europäische Union
EuAuslÜbk	Europäisches Auslieferungsübereinkommen vom 13.12.1957
EuCLR	European Criminal Law Review
eu crim	The European Criminal Law Association's Forum
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische GRUNDRECHTE-Zeitschrift
EuHb	Europäischer Haftbefehl
EuR	Zeitschrift Europarecht
Eur. J. Crime Crim. L. & Crim. Just.	European Journal of Crime, Criminal Law and Criminal Justice
EuRhÜbk	Europäisches Übereinkommen über die Rechtshilfe vom 20.4.1959
EuTerrÜbk	Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus von 1977
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZ	Zeitschrift für Europarecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f.	folgende Seite
ff.	folgende Seiten
Fn.	Fußnote(n)
FS	Festschrift
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GS	Gedächtnisschrift

HFR	Humboldt Forum Recht
hrsg.	herausgegeben
Hrsg.	Herausgeber
HRRS	Online-Zeitschrift für Höchststrichterliche Rechtsprechung im Strafrecht
IRG	Gesetz über die Internationale Rechtshilfe in Strafsachen
i. V. m.	in Verbindung mit
Jura	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
KOM	Dokument der Europäischen Kommission
KritV	Die Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
lit.	Buchstabe (lat. littera)
mwN	mit weiteren Nachweisen
NJ	Neue Justiz
NJECL	New Journal of European Criminal Law
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NK	Neue Kriminalpolitik
no.	number
nos.	numbers
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
ÖAnwBl	Österreichisches Anwaltsblatt
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
OLG	Oberlandesgericht
PPU	Procédure préjudicielle d'urgence = Eilverfahren im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens
RbEuHb	Rahmenbeschluss zum Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten
Rn.	Randnummer(n)
RR	Rechtsprechungs-Report
S.	Seite(n)
SDÜ	Schengener Durchführungsübereinkommen

*Abkürzungsverzeichnis*

Slg.	Sammlung der Rechtsprechung
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StraFo	Strafverteidiger Forum
StV	Strafverteidiger
u. a.	und andere/ unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vol.	Volume
Vorb.	Vorbemerkung
v.	versus
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
z. B.	zum Beispiel
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
zit.	zitiert
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZP	Zusatzprotokoll
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft